

# Den Schwangerschaftsabbruch wieder einmal auf die Lange Bank geschoben

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **8 (1982)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-359662>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## DIE BERNER REGIERUNG WEHRT SICH FÜR DIE WÜRDE DER FRAU!

«Schaustellungen weiblicher Personen, die zu blossen Sachen degradiert werden, ist in hohem Masse entwürdigend, widerlich und abstossend.» Dies hält die Berner Regierung in ihrer Antwort auf eine grossrätliche Interpellation «betreffend moderne Formen der Prostitution» fest. «Die Absicht, sexuelle Bedürfnisse anderer in grossem Stile kommerziell auszunützen», heisst es in der regierungsrätlichen Antwort weiter, verletze «die Toleranzgrenze sittlichen Empfindens».

Entsprechend dieser Auffassung hat Berns Regierung bisher sämtliche Gesuche für den Betrieb von Stützli-Sex-Shows im Kanton Bern abgelehnt. Derzeit sind beim Regierungsrat noch zwei Beschwerden in dieser Sache hängig. Nach der jetzt veröffentlichten klaren Stellungnahme haben sie kaum eine Chance.

An der Rathausgasse in der Berner Altstadt hat der Sexgewerblere Werner Stierli jedoch bereits ein Sex-live-Cabaret mit Bühne und Bestuhlung fixfertig eingerichtet: auch in Bern sollen nackte Frauen vor bekleideten Männern tanzen, wenn es nach Stierlis profitabler Rechnung geht. Bisher erhielt der Zürcher Unternehmer jedoch keine Bewilligung für den Betrieb seines Berner Kellerlokals. Stierli hat bereits angedroht, für sein Sex-live-Cabaret bis vor Bundesgericht zu gehen.

Bereits in der letzten Berner Grossrats-session war erklärt worden, beim modernen Sexgeschäft gehe es sehr oft um Sklavenhandel, der gegen die Menschenrechte und die Würde der Frau verstosse.



aus: "Tages-Anzeiger" 14. Jan. 1982

## DER HAUSHALT IST FRAUENSACHE

Anlässlich einer Haushaltbefragung 1979/80 wurde die Zeitverwendung der Schweizerinnen und Schweizer für den Haushalt erhoben. Das Bundesamt für Statistik hat nun die entsprechenden Zahlen veröffentlicht.

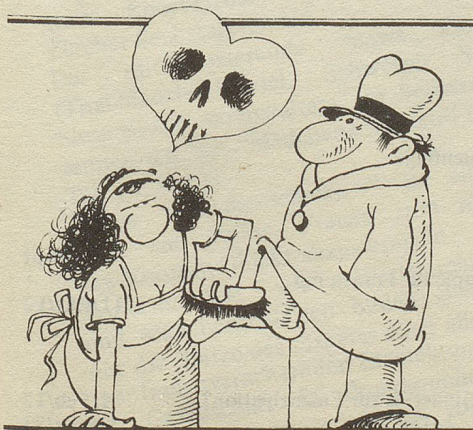
- Fast immer ist es die Frau, die ihren Beruf zugunsten der Familie bzw. der Kinder aufgibt.

- Voll erwerbstätige Frauen arbeiten durchschnittlich 37 Wochenstunden ausserhalb des Haushalts, dazu kommen aber 20 Wochenstunden für den Haushalt. Berufstätige Frauen haben also eine 57-Stunden-Woche!

- Voll erwerbstätige Männer arbeiten durchschnittlich 44 Wochenstunden in ihrem Beruf – und praktisch 0 Stunden im Haushalt.

- Von den Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren arbeiten die Mädchen beinahe dreimal so lange im Haushalt wie die Jungen.

Diese Zahlen bestätigen also die uns schon lange bekannte Doppelbelastung, sie zeigen aber auch, dass Mütter und Erzieherinnen das ihnen bekannte Rollenverhalten an die Kinder weitergeben.



## STÜTZLI-SEX IN BASEL

Während sich Bern und Zürich mit allen Mitteln gegen Gesuche für die Einrichtung einer Peep-Show bzw. gegen schon bestehende Peep-Shows wehren, muss Basel wegen einem entsprechenden Gerichtsurteil nun solche Etablissements zulassen. Aber die zukünftigen Stützli-Sex-Kassierer haben es nicht leicht in Basel. Bereits vor einem Jahr wurde das erste Gesuch eingereicht, zurzeit läuft immer noch das Baubewilligungsverfahren. Das zweite Gesuch stellte ein Hausbesitzer für eine solche Einrichtung im Kleinbasel an der Hammerstr. Zu dieser geplanten Peep-Show wurde im Grossen Rat eine Interpellation eingereicht, zudem haben 201 Bürgerinnen und Bürger eine kollektive Einsprache erhoben. Die Hammerstr. ist nämlich heute noch eine einigermaßen bewohnbare Strasse in der Nähe des Claraplatzes. Dazu kommt, dass in unmittelbarer Nähe zwei Schulhäuser stehen. Nun steht die "Gewerbefreiheit" gegen unerträglichen Nachtverkehr für die Anwohner und das "sittliche Empfinden" der Schülerinnen und Schüler, die täglich an der geplanten Peep-Show vorbeigehen müssen. Wer gewinnt wohl?

## DEN SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH WIEDER EINMAL AUF DIE LANGE BANK GESCHOBEN

hat vor kurzer Zeit eine Nationalratskommission. Nachdem im März 1981 der Nationalrat eine föderalistische Lösung gutgeheissen hatte, die den Kantonen eine Fristenlösung freistellen wollte, lehnte der Ständerat im September eine föderalistische Lösung ab. Wie üblich trat auch hier bei Uneinigkeit der beiden Räte ein Differenzbereinigungsverfahren in Kraft, mit dem eine Kommission des Nationalrats beauftragt wurde. Diese hat nun ihre Arbeit eingestellt (hat sie sie überhaupt je begonnen?) und wartet auf das Ergebnis der Volksabstimmung "Ja zum Leben"! Anstatt die Diskussion voranzutreiben und mögliche Kompromisse zu suchen, das wäre nämlich die Aufgabe dieser Kommission gewesen, haben die Herrschaften ihre Aktenköfferchen gepackt. Vor der Abstimmung über "Ja zum Leben" wollen sie sich höchstens wieder an die Arbeit machen, wenn "wichtige Gründe" vorliegen. Die unbefriedigende Situation in Sachen Schwangerschaftsabbruch, die vielen tausend illegalen Abtreibungen sind ihnen offensichtlich nicht wichtig genug.